



## Sachstand: Bündnis für globale Ernährungssicherheit

Auf Initiative von Bundesministerin Svenja Schulze hat Deutschland im Rahmen seiner G7-Präsidentschaft gemeinsam mit der Weltbank bei deren Frühjahrstagung das **Bündnis für globale Ernährungssicherheit** (Global Alliance for Food Security) ins Leben gerufen. Der offizielle Startschuss erfolgte beim G7-Entwicklungsminister\*innen-Treffen am 18./19. Mai in Berlin.

Es stellt ein agiles, mit Entscheidungsträger\*innen besetztes Austauschformat bereit, das eine enge Abstimmung ermöglicht, um schnell auf Krisen und Bedarfe reagieren zu können. Das Bündnis baut dabei auf der „Global Crisis Response Group on Food, Energy and Finance“ (GCRG) des VN-Generalsekretärs auf. Über 100 Staaten und internationale Organisationen engagieren sich bereits im Bündnis, darunter Regierungen der G7, G20, Afrikanische Union, Europäische Union, internationale Organisationen wie WFP, FAO, IFAD, zudem der Welternährungsausschuss (Committee on World Food Security, CFS) und die Afrikanische Entwicklungsbank. Das Bündnis versteht sich als offene Plattform. Privatwirtschaft und zivilgesellschaftliche Organisationen werden eingebunden. Das Bündnis setzt sich ein für eine **agile, zielgerichtete und schnelle Krisenreaktion**, die zugleich auch den richtigen Pfad hin zu nachhaltigen Agrar- und Ernährungssystemen einschlägt. Klimawandel und Biodiversitätsverlust dürfen gerade jetzt nicht aus dem Blick geraten. Gemeinsames, international abgestimmtes Handeln ist das Gebot der Stunde.

## Globale Ernährungskrise – Wie ist die aktuelle Lage?

Die globalen Folgen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine sind dramatisch. Besonders stark betroffen sind Menschen in Staaten, die ohnehin bereits von anderen Krisen wie dem Klimawandel und Covid19 betroffen sind. Je ärmer die Menschen sind, desto härter treffen sie steigende Nahrungs-, Energie und Düngemittelpreise.

Derzeit sind in den 82 Ländern, in denen WFP tätig ist, 345 Millionen Menschen akut vom Hunger bedroht. Das sind fast 200 Millionen mehr Menschen als Anfang 2020. Die Hauptfaktoren für die steigende Ernährungsunsicherheit sind die weltweit zunehmende Zahl an Konflikten, Wetterextreme in Folge des Klimawandels und die wirtschaftliche Instabilität, die durch die Pandemie und die Auswirkungen der Krise in der Ukraine noch verschlimmert werden.

Der prozentuale Anteil chronisch hungernder Menschen an der Weltbevölkerung, die sogenannte Prävalenz von Hunger, konnte seit 1990 von knapp 20% auf unter 8% mehr als halbiert werden. Allerdings steigt die absolute Zahl chronisch hungernder Menschen seit 2017 wieder an: 2021 waren nach den aktuellen Berechnungen (Bericht „The State of Food Security and Nutrition in the World“, SOFI 2022) weltweit bis zu 828 Mio. Menschen unterernährt - etwa

jeder zehnte Mensch. Der Anstieg ist so stark, dass auch die Prävalenz seit 2019 wieder ansteigt.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat großen Einfluss auf die weltweite Ernährungssicherheit, insbesondere in Afrika und Asien/Pazifik, denn Russland und Ukraine bedienten vor Kriegsausbruch ca. 30% der weltweiten Weizen- und 20% der Maisexporte. Beide Länder sind außerdem wichtige Exporteure von Ölsaaten, Pflanzenöl sowie Düngemitteln. Dadurch verschärft sich die ohnehin angespannte Lage auf den Agrarmärkten mit Preisen über dem Niveau der Lebensmittelkrise 2008/09.

Die inzwischen erfolgten ukrainischen Getreideexporte – sowohl über die sogenannten Solidaritätskorridore auf dem Landweg als auch über die ukrainischen Schwarzmeerhäfen im Zuge des Getreideabkommens – haben zu einer Entlastung der globalen Versorgungslage und damit verbunden zu einer Preisreduzierung beigetragen. Die Lage ist jedoch unter anderem aufgrund der hohen Energiepreise weiterhin angespannt, die Preise verharren auf hohem Niveau verglichen mit den Vorjahren

## Ausblick

Als nächste Schritte in der Arbeit des Bündnisses für globale Ernährungssicherheit stehen an:

Zentrales Koordinationselement ist das **GAFS Global Food and Nutrition Security Dashboard**, dessen Entwurf beim 4. GAFS Steering Group Treffen am 22.09.2022 vorgestellt wurde. Es dient dazu, alle für Entscheidungsträger\*innen relevanten Informationen zur globalen Ernährungssicherheitssituation an einem Ort – zeitnah und aktuell – zu bündeln, sodass eine schnelle und koordinierte politische Reaktion erfolgen kann. Der weltweite Launch des Dashboards wird voraussichtlich am 9. November erfolgen.

Zudem beginnen nun die **Krisendialoge auf Länderebene**. Dazu werden gemeinsam mit der Krisenreaktionsgruppe der Vereinten Nationen vor Ort die wichtigsten Akteure in einem agilen Format zusammengebracht, um Finanzierungslücken zu identifizieren, Instrumente miteinander zu koordinieren und somit situationsangepasst in den einzelnen Ländern zu agieren. Pilotländer dafür sollen noch im Oktober identifiziert werden, um gesammeltes Wissen dann auch im Food and Nutrition Security Dashboard integrieren zu können.

Dabei bleiben gewaltsame Konflikte die Hauptursache für akuten Hunger und werden laut WFP/FAO 2022 weiter zunehmen. Darüber hinaus werden voraussichtlich auch Wetterextreme zu einem weiteren Anstieg der Zahlen akut hungernder Menschen beitragen; besonders besorgniserregend ist die Dürre am Horn von Afrika, die sich aufgrund der voraussichtlich fünften ausbleibenden Regenzeit noch weiter zuspitzen wird.

Viele der Länder, die bereits von multiplen Krisen betroffen sind, haben zunehmend Schwierigkeiten, die Einfuhr lebenswichtiger Güter zu finanzieren und ihre Schulden zu bedienen. Zudem sind Nahrungsmittel wegen fehlenden Düngers weniger verfügbar. Infolgedessen werden Armut und akute Ernährungsunsicherheit sowie die Gefahr von Unruhen in den kommenden Monaten weiter zunehmen.

Neben der direkten Reaktion auf die aktuelle Krise bleibt daher die langfristige Umgestaltung der globalen Agrar- und Ernährungssysteme hin zu mehr Resilienz und Nachhaltigkeit ein Kernanliegen Deutschlands.

## Umsetzung der Sondermittel für globale Ernährungssicherheit

Bundeskanzler Olaf Scholz hat am 24. März im Rahmen eines virtuellen G7-Treffens zusätzliche Mittel in Höhe von 430 Millionen Euro zur Bewältigung der Folgen des russischen Angriffskriegs auf die globale Ernährungssicherheit zugesagt. Deutschland war damit das erste Land, das eine derart bedeutende Summe an Mitteln angekündigt hat. Im Rahmen des Gipfels in Elmau hat Deutschland dann am 28.6. als Teil einer Gesamtzusage der G7 weitere 450 Millionen Euro für den Kampf gegen den weltweiten Hunger zugesagt.

Damit kann das BMZ in diesem Jahr 880 Millionen Euro zusätzlich für globale Ernährungssicherheit investieren („Sondermittel“). Dabei greift das BMZ auf vorhandene Strukturen zurück: zum einen die Kriseninstrumente (588 Millionen Euro), zum anderen die Sonderinitiative Eine Welt ohne Hunger (250 Millionen Euro). Dazu kommt die Aufstockung des Kernbeitrags für das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) um 42 Millionen Euro. Die Verwendung der Mittel wird derzeit mit den unterschiedlichen Durchführungs- und Partnerorganisationen festgelegt.

## Einige Beispiele

### *WFP/UNICEF: Sahel-Resilienzinitiative*

Die Sahel-Resilienz-Initiative des WFP in Burkina Faso, Mali, Mauretanien, Niger und Tschad wird im Zeitraum 2018-2023 bislang unterstützt durch das Entwicklungsministerium mit Mitteln in Höhe von 281,5 Mio. EUR. Das ergänzende Programm „Building Resilience in the Sahel in Mali, Mauretanien und Niger“ von UNICEF wird im Zeitraum 09/2019- 03/2023 bislang unterstützt durch das Entwicklungsministerium mit Mitteln in Höhe von 123,3 Mio. EUR; WFP und UNICEF erhalten nun 2022 für diese Programme überwiegend aus Sondermitteln eine Aufstockung in Höhe von 71 Mio. EUR für das WFP und 23 Mio. EUR für UNICEF. Die langjährigen Programme verbinden verschiedene Maßnahmen, damit die Menschen ihre Ernährungslage stabilisieren können. Sie unterstützen bspw. Kleinbäuer\*innen, landwirtschaftliche Flächen zu erhalten und rückzugewinnen sowie das produktive Potenzial fruchtbarer Flächen zu nutzen, z.B. durch den Einsatz solarbetriebener Wasserpumpen. Um die Landwirtschaft besser an die zunehmende Dürre anzupassen, werden Kleinbäuer\*innen in teilweise simplen, aber sehr effektiven Techniken geschult, wie z.B. dem Anlegen von Halbmondfeldern zur Wasserspeicherung. Zudem erhalten sie Unterstützung, ihren Anbau zu diversifizieren und nahrhafte Lebensmittel, z.B. Hirse, Kuhbohnen, Auberginen und Okkras, auch zu verkaufen. Zudem werden Schulkinder mit Mittagessen versorgt, das möglichst aus lokalem Anbau kommt. Auch die Unterstützung von Müttern und der Aufbau von sozialen Sicherungsnetzen gehören dazu. 3 Mio. Menschen wurden mit den beiden Programmen seit 2018 bereits erreicht.

### *GIZ: Unterstützung in der akuten Dürrekrise in Somalia*

Das BMZ fördert das Vorhaben zur Ernährungssicherung in Somalia im Zeitraum 01.05.2017 – 30.11.2023 bislang mit Mitteln i.H.v. 15,2 Mio. EUR. Mit Sondermitteln i.H.v. 5 Mio. EUR (bereits ausgezahlt) kann die GIZ schnell auf die gestiegene Ernährungsunsicherheit aufgrund der massiven Dürre und der Folgen des RUS Angriffskriegs auf die UKR im Projektgebiet reagieren. Der Süden Somalias ist besonders von der massiven Dürre betroffen; aufgrund der zusätzlichen sozioökonomischen Verschlechterung der Lage steuern einige Regionen sogar auf eine Hungersnot zu. Mit den 5 Mio. Euro zur krisenbedingten Ausweitung der Maßnahmen werden bis Ende des Jahres rd. 5.000 Haushalte zusätzlich in den informellen Gebieten von Kismayo im Süden Somalias erreicht. Im Fokus des Vorhabens stehen binnenvertriebene Haushalte (bisher rd. 14.000), die sich in den informellen Gebieten von Kismayo und angrenzenden Dörfern angesiedelt haben. Sie erhalten einen verbesserten Zugang zu Wasser-, Sanitär- und Hygieneversorgung und werden dabei unterstützt, durch Cash-for Work-Maßnahmen und Sozialtransfers ihr Einkommen zu erhöhen. Denn auch der Zugang zu sauberem Wasser sowie ein verbessertes Einkommensniveau können zu einer ausreichenden und gesunden Ernährung beitragen.

### *Deutsche Welthungerhilfe (DWHH)*

Die Deutsche Welthungerhilfe unterstützt mit dem Vorhaben „Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegenüber steigenden Lebensmittelpreisen“ die Ernährungssituation von armen und vulnerablen Menschen, die besonders von knapperen Lebensmitteln und teureren Preisen betroffen sind. Das Vorhaben ist in 11 Ländern (Bangladesch, Burkina Faso, Kenia, Liberia, Mali, Myanmar, Niger, Pakistan, Somalia, Sudan, Tadschikistan) aktiv. Das BMZ fördert dieses Projekt im Zeitraum 1.7.2022 bis 30.04.2023 mit 10 Millionen Euro aus den Sondermitteln. Zur Umsetzung greift die DWHH auf bestehende Landesbüros und Kooperationen mit lokalen Nichtregierungsorganisationen zurück.

Beispiel Niger: Die nigrische Regierung erwartet einen Produktionsrückgang zwischen 35% und 50% im Vergleich zur vorherigen Ernte als Folge des Klimawandels und der teuren Düngemittel. Gleichzeitig bietet die Region Diffa gute Voraussetzungen für Ackerbau und Viehzucht. Das Projekt setzt bei knapp 30.000 nigerianischen Flüchtlingen, Binnenvertriebenen, Rückkehrer\*innen und anderen besonders vulnerablen Personen in den aufnehmenden Gemeinden in Diffa an. Ein Baustein ist die Verteilung von Bargeld, mit dem sich die Menschen Nahrungsmittel auf den lokalen Märkten kaufen können. Zudem verteilt die Welthungerhilfe Gemüsesaatgut an kleinbäuerliche Familien, hilft beim Anlegen von Gemüsefeldern und schult in nachhaltigen landwirtschaftlichen Techniken. Für schwangere und stillende Frauen werden Ernährungsgruppen gegründet, um das Bewusstsein für gesunde Ernährung zu erhöhen. Darüber hinaus helfen Milchziegen, die Nährstoffversorgung der Projektteilnehmenden zu verbessern und ein kleines Einkommen zu erwirtschaften, wenn überschüssige Milch und Ziegenfleisch am lokalen Markt verkauft werden können. Zudem unterstützt die Welthungerhilfe Initiativen zur Lebensmittelverarbeitung, vor allem zur Haltbarmachung von Lebensmitteln. Das Projekt leistet damit einen Beitrag, die unmittelbaren Bedarfe zu adressieren, die sich aus der akuten

Nahrungsmittelpreiskrise ergeben. Gleichzeitig stärkt es lokale Kapazitäten und damit die Resilienz der Menschen gegenüber künftigen Schocks.

#### *GIZ: Bodenschutz in Kenia*

Importierter mineralischer Dünger wird für Bauern in Kenia knapp und teuer. In der Krise bieten die von ProSoil Kenia geförderten Aktivitäten einen Ausweg. Nachhaltige, teilweise agrarökologische Bodenschutz- und rehabilitierungsmaßnahmen, ergänzen die Bodennährstoffe mit lokal verfügbaren Materialien. Ein Teil der Lösung ist die Kalkung, die den pH-Wert im Boden hebt und dadurch die Qualität saurer Böden verbessert. Dazu gehört auch Kompostierung, bei der Kompost durch natürliche Zersetzung lokal verfügbarer Materialien wie Maisstängel, Gründünger-Zwischenfrüchte, Agroforst-Baumzweige, Hofdünger und anderer nährstoffreiche Materialien erzeugt wird. Hinzu kommen die Herstellung und der Einsatz von Wurmkompost (Vermicompost). Die Methode bedarf keiner größeren Kapitalinvestitionen, ist weniger arbeitsintensiv und liefert besonders schnell qualitativ hochwertigen Kompost. Die Bodengesundheit verbessert sich dadurch deutlich, der Boden kann mehr Wasser speichern und in der Folge verbessern sich auch Pflanzenwachstum und Ernte.

Das Globalvorhaben „Bodenschutz und Bodenrehabilitierung für Ernährungssicherung“ wird vom Bundesentwicklungsministerium im Zeitraum November 2015 bis April 2026 mit Gesamtmitteln in Höhe von rund 206 Millionen Euro finanziert – davon entfallen 23 Millionen Euro auf Kenia. Aus den Sondermitteln wird dieses Projekt nun um 4 Millionen Euro aufgestockt, wovon 470.000 Euro auf Kenia entfallen. Mit den Sondermitteln des BMZ kann die Zusammenarbeit mit Bauerngruppen ausgeweitet werden. 1.268 integrierte Betriebe für Wurmkompostierung, Kalkung und Agroforstwirtschaft werden eingerichtet. Darüber hinaus organisiert ProSoil mit den kenianischen Partnern Kampagnen und Schulungen zu alternativen Düngemitteln, die mehr Bäuerinnen und Bauern für andere verfügbare Alternativen zur Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit sensibilisieren sollen. Im Ergebnis ernten Bäuerinnen und Bauern durchschnittlich fast die Hälfte mehr als zuvor. Die nachhaltige Bodennutzung schafft so Ernährungssicherheit und erhöht die Resilienz gegen Dürren und die Folgen des Klimawandels.

#### *WFP/KfW in Äthiopien: Rural Resilience Initiative*

Mit dem Vorhaben „Rural Resilience Initiative (R4)“ unterstützt das BMZ gemeinsam mit der KfW Entwicklungsbank und dem Welternährungsprogramm (WFP) besonders von Ernährungsunsicherheit bedrohte Familien in der äthiopischen Provinz Amhara. Finanziert werden mit den Sondermitteln rechtzeitig zur Anbausaison u.a. die Bereitstellung von verbessertem Saatgut und anderen landwirtschaftlichen Betriebsmitteln (Handwerkszeug und Wasserpumpen), Geflügel und Vieh sowie von Startkapital für die Wiederherstellung von Vermögenswerten und Existenzgrundlagen. Rund 30.000 der am meisten betroffenen Haushalte in Amhara werden direkt von diesen Maßnahmen profitieren und ihre Ernährungssicherheit verbessern können. Das Entwicklungsministerium unterstützt über die KfW die WFP Rural Resilience Initiative (R4) im Zeitraum 2018 bis 2024 mit Gesamtmitteln in Höhe von 20 Millionen Euro. Diese Summe wird nun aus den Sondermitteln um 7 Millionen Euro für 2022 aufgestockt.

### *Cash Transfers zur Ernährungssicherung in Sambia*

Das BMZ unterstützt die Cash Transfers über die Sonderinitiative Eine Welt ohne Hunger ab Januar 2023 mit 15 Millionen Euro und erreicht damit fast eine Million Haushalte. Besonders Frauen werden durch die Maßnahmen gestärkt. Schon vor dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hatte sich Sambias Wirtschaft erst langsam vom wirtschaftlichen Schock der COVID Pandemie erholt. 2020 lag die Armutsrate in Sambia bei knapp 60%, mit hohen Inflationsraten, die vor allem die ärmsten Bevölkerungsschichten hart trafen. Seit Februar 2022 spitzt sich die Lage weiter zu. Die Weltbank geht davon aus, dass steigende Lebensmittelpreise die Kaufkraft zunehmend mindern, und teure Düngemittel zukünftig landwirtschaftliche Erträge verringern. Das Vorhaben möchte die Ernährungssituation von besonders gefährdeten Personen stabilisieren. Gezielt ausgewählte arme Haushalte erhalten Barmittel, um die Preissteigerung, die der russische Angriffskrieg ausgelöst hat, abzufedern. Kombiniert wird die Maßnahme mit einer bildungsfördernden Komponente „Keeping Girls in School“, die den Schulbesuch von Mädchen unterstützt. Insgesamt wird somit zum Empowerment von Frauen beigetragen.

### *Stärkung der Resilienz und Verbesserung der Ernährungssicherheit für gefährdete ländliche Haushalte in Ägypten*

Ägypten leidet unter einem akuten Nahrungsmitteldefizit. Über 60% des ägyptischen Gesamtweizenkonsums müssen importiert werden, damit ist Ägypten der weltweit größte Weizenimporteure. Diese Abhängigkeit von Importen macht das Land besonders anfällig für internationale Preisschwankungen. Die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine sind daher deutlich zu spüren. Die Inflation bei Lebensmitteln lag im August 2022 bei ca. 25%. Der ägyptische Agrarsektor, in dem über ein Viertel der Bevölkerung beschäftigt ist, kann in seiner Produktivität nicht mit der wachsenden Bevölkerung Schritt halten. Die Klimakrise bringt zusätzlich negative Effekte mit sich.

Mit Transferzahlungen an 15.000 der bedürftigsten Familien aus den ländlichen Regionen Sharkeya und Sohag wird deren Ernährungssicherung unterstützt. Außerdem erhalten 20.000 Kleinbauern und Kleinbäuerinnen Trainingsmaßnahmen zur Diversifizierung von Anbautechniken, zur Nutzung von dürreresilientem, ertragsstarkem Saatgut und zur Erschließung von neuen Marktzugängen. Innovative Sensibilisierungsmaßnahmen und die Gründung von Erzeugergemeinschaften sollen dabei eine wichtige Rolle spielen.

Das Entwicklungsministerium fördert mit 20 Mio Euro die kleinbäuerliche Landwirtschaft in Ägypten und unterstützt 15.000 Familien, um Ernährungssicherheit und Resilienz zu stärken.

### *WFP: Yemen Interim Country Strategic Plan*

Seit mehr als acht Jahren herrscht im Jemen Bürgerkrieg mit katastrophalen Folgen. Aktuell sind über 17 Millionen Menschen, mehr als die Hälfte der Bevölkerung, von akuter Ernährungsunsicherheit bedroht. Vier Millionen Schüler\*innen benötigen finanzielle Unterstützung, um die Schule besuchen zu können. Da der Jemen über 90 Prozent seiner Nahrungsmittel importieren muss, sind die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, und die damit verbundenen Preissteigerungen für z.B. Weizen, immens.

Deutschland unterstützt das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP) in Jemen bereits seit 2019. Im vergangenen Jahr konnten so neben Programmen im Bereich Schuler-nährung für 1,4 Millionen Kinder und Jugendliche auch Projekte zur Wassernutzung, dem landwirtschaftlichem Flächenschutz und dem Bau ländlicher Straßen durchgeführt werden.

Mit der zusätzlichen Unterstützung für das WFP in Jemen über 65 Million bis 2025 möchte das BMZ die Programme stärken und noch mehr Menschen erreichen. 1,9 Millionen Schüler\*innen sollen vom Schulernährungsprogramm profitieren. Gesundes und frisch zubereitetes Essen soll durch das Projekt „Healthy Kitchen“ für Hunderttausende Schüler\*innen zusätzlich zugänglich werden. So wird erreicht, dass mehr Kinder und Jugendliche die Schule besuchen können.

Außerdem sollen die Menschen langfristig widerstandsfähiger gegenüber Krisen werden z.B. durch die Stärkung der landwirtschaftlichen Lebensmittelproduktion. Hierdurch kann sich die Ernährungssituation der Menschen vor Ort nachhaltig verbessern und auch nach Ablauf der verschiedenen Hilfsmaßnahmen stabil bleiben.